

TOP 22

Änderungsantrag zur Drucksache Nr.: 1284/2018/DS (Zuschuss für den Verein "Freies Radio Neumünster e.V." als Defizitförderung)

ANTRAG:

1. Dem Verein „Freies Radio Neumünster e.V.“ wird im Rahmen der freiwilligen Leistungen der Stadt Neumünster weiterhin ein Zuschuss in Höhe von 1.000 EUR/Monat gewährt.
2. Die Zuschussgewährung wird an die Voraussetzung geknüpft, dass dem Schul-, Kultur- und Sportausschuss im ersten Quartal des jeweiligen Folgejahres über die Tätigkeiten des Verein „Freies Radio Neumünster e.V.“ zu berichten ist.
3. Die Verwaltung wird gebeten, den voraussichtlichen Leerstand in der ehemaligen Textilfabrik zu vermeiden und dem Schul-, Kultur- und Sportausschuss Konzepte für die Vermarktung der nicht mehr durch den Verein „Freies Radio Neumünster e.V.“ beanspruchten Fläche vorzulegen. Zusätzliche kalkulatorische Kosten sollen so vermieden werden.

Begründung:

Der im Jahr 2013 gegründete Verein hat im Rahmen einer Anschubfinanzierung durch Land und Stadt inzwischen eine nennenswerte Größe erreicht, die ihm ermöglicht, durch Erhebung von Mitgliedsbeiträgen oder durch das Einwerben von absetzbaren Spenden die für sie geeignet erscheinenden Räumlichkeiten selbständig anzumieten.

Die in Drucksache 1284/2018/DS dargelegten Gründe für den Änderungswillen sind nachvollziehbar, dem Wunsch auf Sozialisierung der entstehenden Mehrkosten kann mit Blick auf die Situation anderer vergleichbarer Vereine jedoch nicht stattgegeben werden.

Durch die diesem Änderungsantrag zugrundeliegende Verstetigung des Zuschusses (12 TEUR/Jahr) wird dem Verein ermöglicht, eigenständig den besten Zeitpunkt und Übergang mit etwaigen Vermietern auszuhandeln und keine Ressourcen der Stadt zu binden. So wird die Stadt auch von möglicher Doppelfinanzierung zwischen Juni und September 2023 freigehalten (4 TEUR).

Zugleich wird die Verwaltung gebeten, die ursprünglichen Pläne für die ehem. Textilfabrik so zu verändern, dass der Stadt durch den Wegfall des geplanten Mieters keine kalkulatorischen Kosten entstehen.

Die in der Ursprungsvorlage aufgezeigte Finanzierung der Kostensteigerung um 50% soll zudem strukturell zu Lasten der Sport- und Freizeitstätten gehen. Diese Umschichtung soll durch diese Ergänzung verhindert werden.

Für die CDU Ratsfraktion

Hauke Hann